



Wie hoch sind die Verluste durch Pandemie und Krieg?

Michael Grömling

Köln, 05.03.2025

IW-Report 9/2025

Wirtschaftliche Untersuchungen,
Berichte und Sachverhalte



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Postfach 10 19 42

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

x.com

[@iw_koeln](#)

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](#)

Instagram

[@IW_Koeln](#)

Autor

Prof. Dr. Michael Grömling

Leiter des Kooperationsclusters

Makroökonomie und Konjunktur

groemling@iwkoeln.de

0221 – 4981-776

Alle Studien finden Sie unter

www.iwkoeln.de

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatikalische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:

Februar 2025

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Ökonomische Kosten der Stagnation in Deutschland.....	5
2 Hintergründe der aktuellen Krisen.....	7
3 Modellrechnung zu den ökonomischen Verlusten der Krisen.....	8
4 Konsumausfälle und Investitionslücken	10
5 Krisenschäden im Vergleich.....	12
6 Schlussbemerkungen	14
Abstract.....	15
Abbildungsverzeichnis.....	16
Literaturverzeichnis	17

JEL-Klassifikation

E6 – Wirtschaftspolitik; makroökonomische Aspekte öffentlicher Finanzen und allgemeine Perspektive

E32 – Konjunkturschwankungen; Konjunkturzyklen

F51 – Internationaler Konflikt

I15 – Gesundheit und wirtschaftliche Entwicklung

Stichwörter: Konjunktur, Geopolitik, Corona-Pandemie, Wohlstand

Zusammenfassung

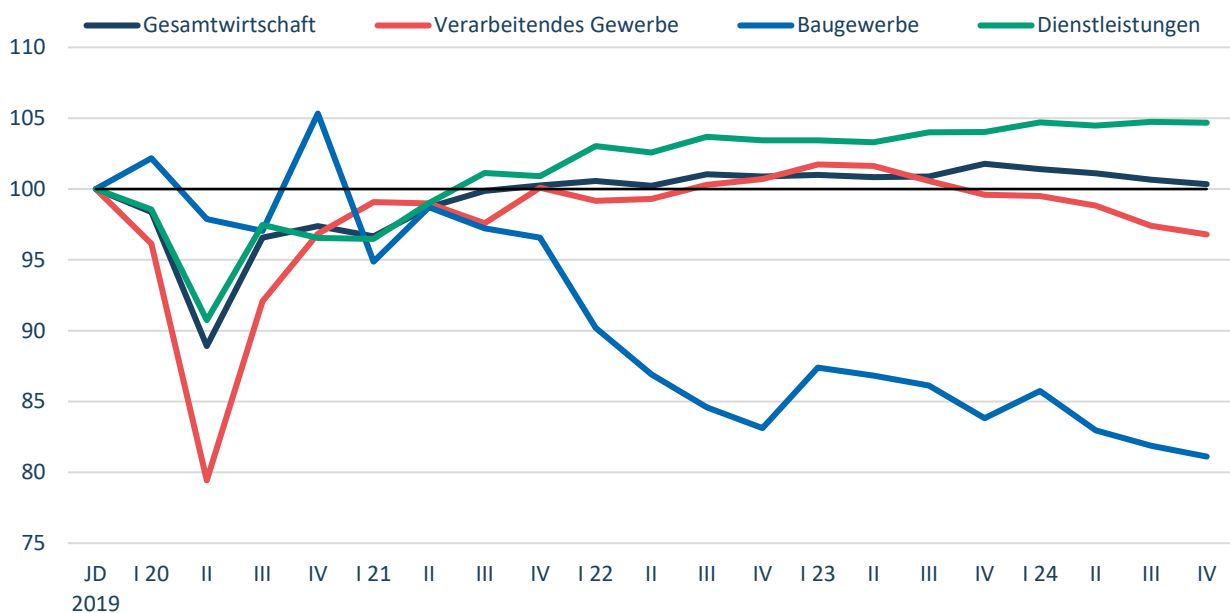
Nach der Erholung vom Pandemie-Schock, der das Wirtschaftsleben in den Jahren 2020 und 2021 stark beeinträchtigte, kommen die wirtschaftlichen Aktivitäten in Deutschland nunmehr seit drei Jahren nicht mehr über das Niveau des Jahres 2019 hinaus. In dem vorliegenden Beitrag wird eine Aktualisierung einer Schätzung zu den gesamtwirtschaftlichen Produktionsausfällen im Gefolge der Pandemie und der geopolitischen Verwerfungen vorgenommen. Eine Trennung und Zurechnung der Belastungen auf diese beiden Ereignisse kann nicht vorgenommen werden, da sich seit 2022 die Belastungen überlagern. Bei dieser Schätzung der Wertschöpfungsverluste wird der tatsächlichen Wirtschaftsentwicklung ein kontrafaktischer Konjunkturverlauf gegenübergestellt. In dieser hypothetischen Realität wird unterstellt, dass es die Pandemie und den Krieg in der Ukraine mit seinen vielfältigen geoökonomischen Anpassungslasten nicht gibt. Aufsummiert über diesen mittlerweile fünfjährigen Zeitraum ergibt sich für Deutschland ein Ausfall an preisbereinigtem Bruttoinlandsprodukt von 735 Milliarden Euro. Auf die beiden direkten Pandemiejahre 2020 und 2021 entfallen 290 Milliarden Euro. Aufgrund der faktischen Rezession und des unterstellten kontrafaktisch weiter ansteigenden Verlaufs stiegen die wirtschaftlichen Verluste in den Jahren 2023 auf 145 Milliarden Euro und 2024 deutlich auf 200 Milliarden Euro weiter an. Die gesamten Einbußen beim privaten Konsum über die letzten fünf Jahre dürften bei gut 470 Milliarden Euro liegen. Das entspricht 5 Prozent des faktischen Konsums in dieser Zeit und einer Konsumeinbuße je Einwohner von insgesamt rund 5.600 Euro bezogen auf die fünf Jahre. Bei den Bruttoanlageinvestitionen werden die Ausfälle in den vergangenen 20 Quartalen auf insgesamt 265 Milliarden Euro geschätzt. Das entspricht 7 Prozent der gesamten Bruttoanlageinvestitionen dieser Zeit. Während in der Hauptzeit der Pandemie die Konsumschäden erheblich höher waren als die Investitionsausfälle, wird in den letzten Jahren die Schadensbilanz mehr und mehr von den verlorenen Investitionen geprägt. Mittlerweile übertreffen die Wirtschaftsausfälle durch Pandemie, Ukraine-Krieg und geopolitische Verwerfungen die Einbußen während der Krisen in Deutschland im vergangenen Vierteljahrhundert. In der Strukturkrise 2001 bis 2004 beliefen sie sich auf 3,4 Prozent des tatsächlichen Bruttoinlandsprodukts des entsprechenden Fünfjahreszeitraums. Während der Finanzmarktkrise waren die ökonomischen Kosten mit 4,1 Prozent deutlich höher. In den bisherigen 20 Quartalen seit Ausbruch der Corona-Pandemie belaufen sich die akkumulierten Einbußen bereits auf 4,3 Prozent der tatsächlichen Wirtschaftsleistung dieser fünf Jahre. Vor allem die zunehmenden Investitionsausfälle werden bleibende Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Fähigkeit haben, die großen Herausforderungen durch Digitalisierung, Transformation, Demografie und Geopolitik bewältigen zu können.

1 Ökonomische Kosten der Stagnation in Deutschland

Die gesamtwirtschaftliche Leistung in Deutschland war in den Jahren 2023 und 2024 leicht rückläufig. Seit Anfang der 1990er Jahre gab es hierzulande nur während der Strukturkrise, die von 2001 bis 2004 andauerte, zwei aufeinanderfolgende Rezessionsjahre (2002 und 2003). Nach der Erholung vom Pandemie-Schock, der das Wirtschaftsleben in den Jahren 2020 und 2021 stark beeinträchtigte, kommen die wirtschaftlichen Aktivitäten nunmehr seit drei Jahren nicht mehr über das Niveau des Jahres 2019 hinaus. Voraussichtlich wird die sich dahinschleppende gesamtwirtschaftliche Gangart auch 2025 zu sehen sein (Bardt et al., 2024).

Abbildung 1-1: Konjunkturverlauf in den großen Wirtschaftsbereichen in Deutschland

Preis-, saison- und arbeitstägig bereinigte Bruttowertschöpfung; Index Jahresdurchschnitt 2019 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 1-1 veranschaulicht, dass hinter dieser gesamtwirtschaftlichen Stagnation eine **tiefe Baukrise** und eine erneute Industrierezession stehen. Die reale Bruttowertschöpfung im Baugewerbe ist seit dem Jahr 2021 durchgehend rückläufig und sie lag im Jahresdurchschnitt 2024 um 18 Prozent unter dem Volumen von 2020. Das erklärt sich zum einen mit der insgesamt schwachen Investitionstätigkeit in Deutschland. Im Gefolge mit dem Energiepreisschock nach dem russischen Überfall auf die Ukraine und der damit einhergehenden hohen Inflation waren die Zinsen und Finanzierungskosten für Bauwerke nach einer langen Niedrigzinsphase zwischenzeitlich deutlich angestiegen. Hinzu kommen die deutlich angestiegenen Baukosten, die wiederum die mit der Pandemie und dem Krieg verbundenen Material- und Energieprobleme, aber auch hohe Regulierungskosten reflektieren. Deutschland erfährt zudem eine **erneute Industrierezession**. Die reale Wertschöpfung der Industrie ist seit Mitte 2023 wieder rückläufig. Zuvor war ein starker Einbruch im Frühjahr 2020 aufgrund der Produktionseinschränkungen durch die Pandemie eingetreten. Während die insgesamt schwache Industrieentwicklung in den letzten fünf Jahren zunächst von Materialengpässen im Gefolge der pandemiebedingten Produktions- und Logistikstörungen beeinträchtigt war, erklären nunmehr die abgeschwächte Dynamik der Weltwirtschaft infolge der geopolitischen Verwerfungen und die verschlechterte Wettbewerbsfähigkeit die rezessive Entwicklung in der deutschen Industrie. Hinzu kommen die Verunsi-

cherungen im Gefolge der strukturellen Anpassungen infolge der Transformation und der geopolitischen Reorganisationen (Grömling, 2024a). Der **Dienstleistungssektor**, auf den hierzulande rund 70 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Leistung entfallen, zeigte zuletzt **kaum Aufwärtsbewegung**. Dabei gilt es zu bedenken, dass hier auch die vielfältigen staatlichen Dienste erfasst werden, die parallel zum hohen Staatskonsum expandieren. Im privaten Dienstleistungsbereich schlagen sich jedoch die Belastungen durch die Industrie- und Baukrise nieder. Bei den konsumnahen Dienstleistern zeigt sich die anhaltende Konsumschwäche. Gleichwohl gelang es bislang dem Dienstleistungssektor, die starken Einbrüche beim Bau und in der Industrie mehr oder weniger zu kompensieren.

Die Stagnation auf der gesamtwirtschaftlichen Produktionsebene ist auch auf der Nachfrageseite der Volkswirtschaft zu sehen. Die **Schwäche des privaten Konsums**, auf den mehr als die Hälfte des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) entfällt, konnte im Jahr 2024 nicht überwunden werden. Das reale Niveau der Konsumausgaben der privaten Haushalte lag nur um 0,3 Prozent über dem Vorjahresvolumen. Die stark rückläufigen Inflationsraten (von rund 6 auf gut 2 Prozent) und die deutlichen Zuwächse bei den Nominaleinkommen haben offensichtlich zu keiner Konsumerholung geführt. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte stiegen 2024 nominal um 4,2 Prozent an, die Nettolöhne und -gehälter sogar um 5,9 Prozent. Jedoch ist das Sparen der privaten Haushalte infolge der vielfältigen Verunsicherungen und der schlechter werdenden Beschäftigungsaussichten zulasten der Konsumtätigkeit stark angestiegen. Im Gegensatz zur privaten Konsumschwäche liegt der Staatskonsum seit knapp vier Jahren um rund 10 Prozent über dem Niveau des Jahres 2019. Hier waren auch im Jahresverlauf 2024 deutliche Zuwächse infolge steigender Ausgaben für Gesundheit, Pflege und Militär zu verzeichnen.

Die mit einer Unterbrechung (2021) seit fünf Jahren **andauernde Investitionskrise** in Deutschland hat sich auch im Jahresverlauf 2024 ungebremst fortgesetzt. Im Jahresdurchschnitt 2024 lagen die realen Bruttoanlageinvestitionen um 6,3 Prozent unter dem Niveau von 2019. Vor allem die Ausrüstungsinvestitionen, zu denen Investitionen in Maschinen, Geschäftsausstattungen und Nutzfahrzeuge zählen, liegen seit nunmehr fünf Jahren durchgehend und zuletzt um mehr als 10 Prozent unter dem Niveau vor Ausbruch der Pandemie. Die direkten Produktions- und Geschäftsbelastungen sowie die Verunsicherungen infolge der geopolitischen Verwerfungen erklären die zurückgenommene Investitionsneigung in Deutschland. Dazu kommen die Verunsicherungen im Kontext der energiepolitischen Transformation sowie der unklare und unstetige wirtschaftspolitische Kurs in Deutschland. Die Gründe für den Einbruch der Bauinvestitionen (hohe Material- und Energiekosten, umständliche Regulierungen und die höheren Finanzierungskosten) wurden bereits angesprochen.

Auch die **rückläufige Exporttätigkeit** in den letzten beiden Jahren reflektiert die im Vergleich mit den vorhergehenden Dekaden schwache Dynamik der Weltwirtschaft im Gefolge der geopolitischen Verwerfungen und Verunsicherungen. Zudem hat sich der deutsche Export deutlich von diesem schwächeren Marktwachstum abgekoppelt. Der Sachverständigenrat (SVR, 2024, 57 f.) verweist in diesem Kontext besonders auf den Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit, den die deutsche Industrie durch höhere Energie-, Arbeits- und Regulierungskosten zu verkraften hat. Hinzu kommen mit der neuen US-Regierung ab 2025 die Risiken einer unwägbaren und konfrontativen Politik der USA (Grömling, 2025).

Im Beitrag von Grömling (2024b) wurde die aktuelle Wirtschaftslage in Deutschland in den Kontext vorhergehender Krisen in Deutschland ab dem Jahr 1991 eingeordnet. Das waren die Krise nach dem Wiedervereinigungsboom Anfang der 1990er Jahre, die Stagnationskrise von 2001 bis 2004, die globale Finanzmarkt- und

Wirtschaftskrise von 2009 sowie die aktuelle Krisenzeit, die sich in den letzten fünf Jahren aus dem Zusammenwirken der Anpassungslasten der Corona-Pandemie und ab 2022 den Folgen des Krieges in der Ukraine und dem gesamten geopolitischen Umfeld ergeben. Hinsichtlich der Tiefe hat die aktuelle Krise bereits das Niveau aller drei vorhergehenden Krisen zum Teil erheblich übertroffen. Was die Dauer und das finale Belastungsniveau angeht, ist jedoch abzuwarten, wie lange die aktuelle Krise noch anhalten wird. In dem vorliegenden Beitrag wird eine Aktualisierung und Fortschreibung der gesamtwirtschaftlichen Produktionsausfälle im Gefolge der Pandemie und der geopolitischen Verwerfungen der letzten Jahre vorgenommen (s. Grömling, 2022; Grömling et al., 2022; Grömling, 2024c). Durch die in Abbildung 1-1 sichtbaren Einbrüche bei der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in Deutschland im Frühjahr 2020 sowie durch die beiden infektionsbedingten Rückschläge im Winterhalbjahr 2020/2021 und im Schlussquartal 2021 hatten sich bereits erhebliche wirtschaftliche Verluste, die mehr oder weniger im Kontext der Pandemie angefallen sind, akkumuliert. Die wirtschaftliche Normalisierung wurde mit der russischen Invasion in der Ukraine im ersten Quartal 2022 gestoppt und seitdem stagnieren die gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten in Deutschland. Im Folgenden werden für den Gesamtzeitraum seit Anfang 2020 die Wirtschaftsausfälle geschätzt, die im Gefolge der Pandemie und der geopolitischen Krise angefallen sein dürften. Eine Trennung und Zurechnung der Belastungen auf diese beiden Ereignisse wird und kann nicht vorgenommen werden.

2 Hintergründe der aktuellen Krisen

Die zum Jahresende 2019 in China ausgebrochene und nach dem Jahresanfang 2020 mehr und mehr um sich greifende Corona-Pandemie wurde ab dem Frühjahr 2020 zu einer Schock-Kombination mit vielfältigen ökonomischen Folgen (Grömling, 2024b): Es handelte sich im Gegensatz zu anderen Rezessionen um einen weltumfassenden Schock. Gegenüber vorhergehenden Konjunkturkrisen, die meistens durch ein spezifisches Ereignis (z. B. Ölpreisschock oder Finanzmarktprobleme) ausgelöst wurden, entfaltete sich die Coronakrise schnell als eine Kombination von multiplen Angebots- und Nachfrageschocks. Die Erkrankungen und die gesundheitspolitischen Einschränkungen beeinträchtigten die Produktionsprozesse. Vorleistungslieferungen blieben produktions- und transportbedingt aus und damit kamen zeitlich eng getaktete Produktionsnetzwerke aus dem Tritt. Die Lockdown-Maßnahmen lähmten auch die Nachfrageseite. Ein Teil der Konsummöglichkeiten fiel im Gefolge der Lockdowns schlichtweg aus. Beschäftigungs- und Einkommenssorgen verstärkten dies. Es wurde bereits darauf verwiesen, dass die für die Modernisierung wichtigen Ausrüstungsinvestitionen stark einbrachen. Zumindest mit Blick auf Deutschland waren frühere Konjunkturkrisen in der Regel Industriekrisen (s. Grömling, 2024a). Die Pandemie und die zu ihrer Eindämmung vorgenommenen Maßnahmen trafen sowohl den Industriesektor als auch große Teile der Dienstleistungsökonomie (s. Abbildung 1-1). Letztere hatten in früheren Krisen meist die Konjunktur stabilisiert, diesmal kamen vor allem die personenbezogenen Servicefirmen selbst heftig unter Druck. Die Unsicherheiten über den Verlauf der Pandemie und bezüglich eines Erfolgs bei der Suche nach Impfstoffen und Therapien sorgten zunächst auch für ökonomische Ungewissheiten, etwa hinsichtlich weiterer Erkrankungswellen und erneuter Lockdown-Maßnahmen. Politik und Bevölkerung wurden von den mehrfachen und vom Umfang zunehmenden Infektionswellen immer wieder überrascht.

Für eine umfassende Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland in den letzten Jahren ist es relevant, dass die deutsche Industrie bereits im Jahresverlauf 2018 merklich an Tempo verloren hatte. Ab dem zweiten Quartal 2019 war auch auf gesamtwirtschaftlicher Ebene kaum noch Bewegung zu beobachten und die Industrie befand sich in einer Rezession (Grömling, 2024b): Die deutsche Industrie bekam aufgrund

ihrer hohen Weltmarktorientierung die sich abkühlende Weltkonjunktur unmittelbar zu spüren. Geopolitische Verunsicherungen – vor allem in einer Reihe von Schwellenländern – und die während der ersten Trump-Administration offen ausgetragenen Handelskonflikte zwischen den USA und China sowie den USA und Europa belasteten die Weltkonjunktur und die Investitionsneigung rund um den Globus. Dies nahm dem deutschen Exportgeschäft den Schwung. Die geopolitische Fragmentierung ist seit mehr als einer Dekade aufgrund von verstärktem politischem Populismus oder der Neupositionierung von großen Schwellenländern zu beobachten (Hüther et al., 2024).

Trotz der mehrfachen Infektionswellen kam es bereits ab dem zweiten Halbjahr 2020 zu einer anhaltenden gesamtwirtschaftlichen Erholung (s. Abbildung 1-1). Nach dem Einbruch in Höhe von 4,1 Prozent im Jahr 2020 legte das reale BIP im Folgejahr um 3,7 Prozent zu. Auch für das Jahr 2022 war eine verbreitete Zuversicht unter den Unternehmen in Deutschland zu beobachten und die Prognosen waren sehr optimistisch (Consensus Forecasts, 2022). Der russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 setzte dieser positiven Entwicklung ein abruptes Ende. Zu den in Teilen immer noch wirksamen pandemiebedingten Liefer- und Produktionsproblemen kamen ab dem Frühjahr 2022 ernsthafte Verunsicherungen hinsichtlich der mengenmäßigen Energieversorgung, was energieintensive Wirtschaftsbereiche direkt in ihrer Produktions- und Investitionstätigkeit traf. Die kriegsbedingten Versorgungsrisiken mit Energie und Rohstoffen verursachten erneute Kostenschocks und sorgten in den Unternehmen für zusätzliche Transaktionskosten mit entsprechenden Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit. Nicht zuletzt belastete das in vielen Ländern erheblich höhere Preisniveau auf der Erzeuger- und Verbraucherebene unmittelbar die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern. In Abbildung 1-1 ist der starke Einbruch in der Bauwirtschaft im Jahr 2022 zu sehen. Im Jahresverlauf 2023 verlor die Weltwirtschaft merklich an Schwung, was wiederum dem Außenhandel in vielen Ländern zusetzte. Insofern sich durch geopolitische Schocks die Rahmenbedingungen für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen verschlechtern, beeinträchtigen die damit einhergehenden Anpassungslasten direkt die Hersteller handelbarer Güter. Über die intersektoralen Verbundeffekte wirken diese Lasten auch in andere Wirtschaftsbereiche wie die industrienahen Dienstleistungsbereiche hinein. Angesichts der insgesamt unsicheren Wirtschaftsperspektiven und steigender Finanzierungskosten haben sich die Unternehmen mit ihren Investitionen zurückgehalten (Bardt/Grömling, 2022).

3 Modellrechnung zu den ökonomischen Verlusten der Krisen

Um Wirtschaftsausfälle und die entsprechenden ökonomischen Kosten im Gefolge von außergewöhnlichen Ereignissen und Schocks wie etwa der Pandemie zu schätzen und Größenordnungen zu beziffern, können zumindest zwei unterschiedliche Vorgehensweisen gewählt werden (Grömling, 2024c): Zum einen kann ein Vergleich mit der Wirtschaftsleistung vor den jeweiligen Ereignissen, hier konkret vor der Pandemie oder dem russischen Angriff auf die Ukraine, herangezogen werden. Dies könnte zum Beispiel mit Blick auf die gesamten fünf Jahre, in denen die Auswirkungen dieser beiden Schocks angefallen sind, das vierte Quartal 2019 oder der Jahresdurchschnitt 2019 sein (s. Abbildung 1-1). Es wird dabei jedoch ausgeklammert, dass sich das Wirtschaftsleben ohne die Pandemie und die geopolitischen Verwerfungen weiterentwickelt hätte und voraussichtlich nicht auf dem Niveau des Jahres oder des Schlussquartals 2019 stehengeblieben wäre. Vor diesem Hintergrund wurde bereits in den vorhergehenden Analysen (Grömling, 2022; Grömling et al., 2022; 2024c) darauf verwiesen, dass für Deutschland vor Ausbruch der Schocks für die Jahre 2020 und 2021 jeweils ein Wachstum des realen BIP von rund 1 Prozent prognostiziert wurde (Consensus Economics, 2020). Ebenso waren die Prognosen für Deutschland für die Jahre 2022 und 2023 vor dem Krieg in der Ukraine

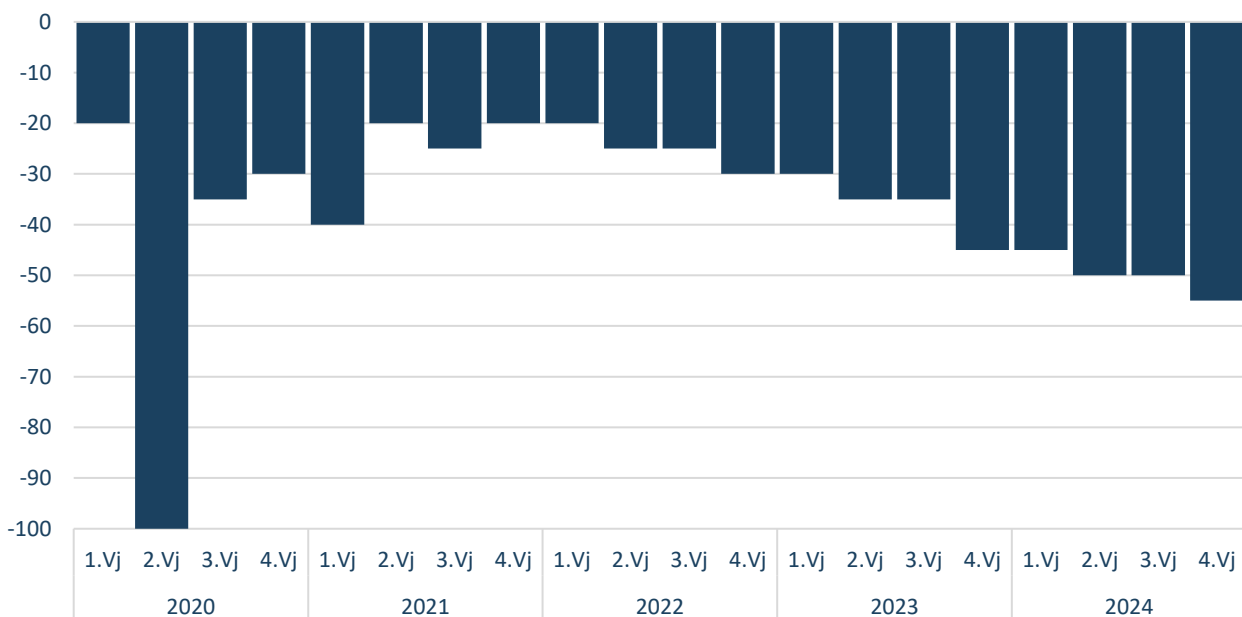
überaus optimistisch mit einem erwarteten Wirtschaftswachstum von 3,7 und 2,5 Prozent (Consensus Economics, 2022).

Zum anderen kann für eine Schätzung der Wirtschaftseinbußen und entsprechenden Wertschöpfungsverlusten der tatsächlichen Wirtschaftsentwicklung ein kontrafaktischer Konjunkturverlauf gegenübergestellt werden. In dieser hypothetischen Realität wird ein ökonomisches Umfeld unterstellt, in dem es im konkreten Fall die Pandemie und den Krieg in der Ukraine mit seinen vielfältigen geoökonomischen Anpassungslasten nicht gibt. Um diese kontrafaktische Wirtschaftsentwicklung abzuleiten, kann auf die zitierten Durchschnittsprognosen für die entsprechenden Jahre beispielsweise gemäß Consensus Economics zurückgegriffen werden. Diese Prognosen stellen eine realistische Vergleichsbasis ohne die jeweils unerwarteten Schocks dar. Zudem kann wie in den vorhergehenden Schätzungen (Grömling et al., 2022; Grömling, 2024c) eine kontrafaktische Realität angenommen werden, die sich an der trendmäßigen Konjunkturdynamik in der Vergangenheit orientiert (für eine ähnliche Vorgehensweise s. etwa European Commission, 2021, 17).

Aus der Gegenüberstellung des tatsächlichen Konjunkturverlaufs in Deutschland auf Basis des gemessenen realen BIP und einer kontrafaktischen Wirtschaftsentwicklung für eine Welt ohne Pandemie und Geopolitikkrise ergeben sich dann jeweils für die 20 hier betrachteten Quartale die entsprechenden und in Abbildung 3-1 dargestellten Einbußen an gesamtwirtschaftlicher Bruttowertschöpfung. Die Werte und Abweichungen wurden auf Basis von preis- und saisonbereinigten Daten berechnet. Aufsummiert über diesen mittlerweile fünfjährigen Zeitraum ergibt sich somit ein Ausfall an preisbereinigtem BIP in Höhe von insgesamt 735 Milliarden Euro. Wie in den vorhergehenden Analysen werden gerundete Werte ausgewiesen, um damit auch den Charakter einer groben Orientierungsrechnung zu betonen.

Abbildung 3-1: Wertschöpfungsverluste durch die Pandemie und Geopolitik in Deutschland

Vierteljährliche Einbußen beim realen BIP¹⁾ in Milliarden Euro



Tatsächlicher Verlauf des realen BIP im Vergleich zu einem kontrafaktischen Verlauf ohne Pandemie (berechnet auf Basis viertes Quartal 2019). Gerundete Werte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Gemäß dieser Schätzung waren im ersten Coronajahr 2020 wirtschaftliche Einbußen in einer Größenordnung von insgesamt 185 Milliarden Euro zu verbuchen. Mehr als die Hälfte davon ist allein dem starken Wirtschaftseinbruch im zweiten Quartal 2020 zuzurechnen. In diesem Krisenquartal war auch auf Basis faktischer Werte gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ein Rückgang in Höhe von 71 Milliarden Euro (in laufenden Preisen) zu verzeichnen. Für das Jahr 2021 werden auf Basis neuer Daten nunmehr Wertschöpfungseinbußen in Höhe von 105 Milliarden Euro geschätzt. Die Verluste in diesen beiden Jahren in Höhe von 290 Milliarden Euro können zu einem Großteil der Pandemie zugerechnet werden. Gleichwohl dürften auch in den Folgejahren zumindest bei einer Schätzung auf Basis eines kontrafaktischen Konjunkturverlaufs pandemiebedingte Wirtschaftsausfälle zu verzeichnen sein. Diese überlagern sich jedoch mit den seit dem ersten Quartal 2022 anfallenden Verlusten oder Kosten infolge des Krieges in der Ukraine und der insgesamt geopolitisch belasteten Weltwirtschaft. Die geschätzten Wirtschaftseinbußen in den Jahren 2022 bis 2024 umfassen somit die Nachwirkungen von Pandemie und den zusätzlichen Anpassungslasten und ökonomischen Folgekosten der geopolitischen Verwerfungen. Gemäß der hier verwendeten Modellrechnung belaufen sich die Ausfälle im Jahr 2022 auf 100 Milliarden Euro. Aufgrund der faktischen Stagnation und des unterstellten kontrafaktisch weiter ansteigenden Verlaufs steigen die geschätzten wirtschaftlichen Verluste in den Jahren 2023 auf 145 Milliarden und 2024 deutlich auf 200 Milliarden Euro weiter an. Im Gegensatz zu dieser Schätzung wären auf Basis eines Referenzniveaus, das sich an der Vergangenheit orientiert, seit Ende 2021 keine Einbußen zu verzeichnen gewesen. Auch der Krieg in der Ukraine würde keine Ausfälle mit sich bringen, da die Wirtschaftsleistung auf dem Ausgangsniveau von 2019 und ebenso auf dem Ausgangsniveau von 2022 stagniert. Dagegen ergeben sich auf Basis der kontrafaktischen Realität erhebliche Wirtschaftsausfälle – zumindest unter der Annahme, dass sich ohne diese Krisen das Wirtschaftsleben mit dem Durchschnittstempo der letzten drei Dekaden weiterentwickelt hätte und nicht aus anderen Gründen als die der Pandemie und Geopolitik stehengeblieben wäre.

4 Konsumausfälle und Investitionslücken

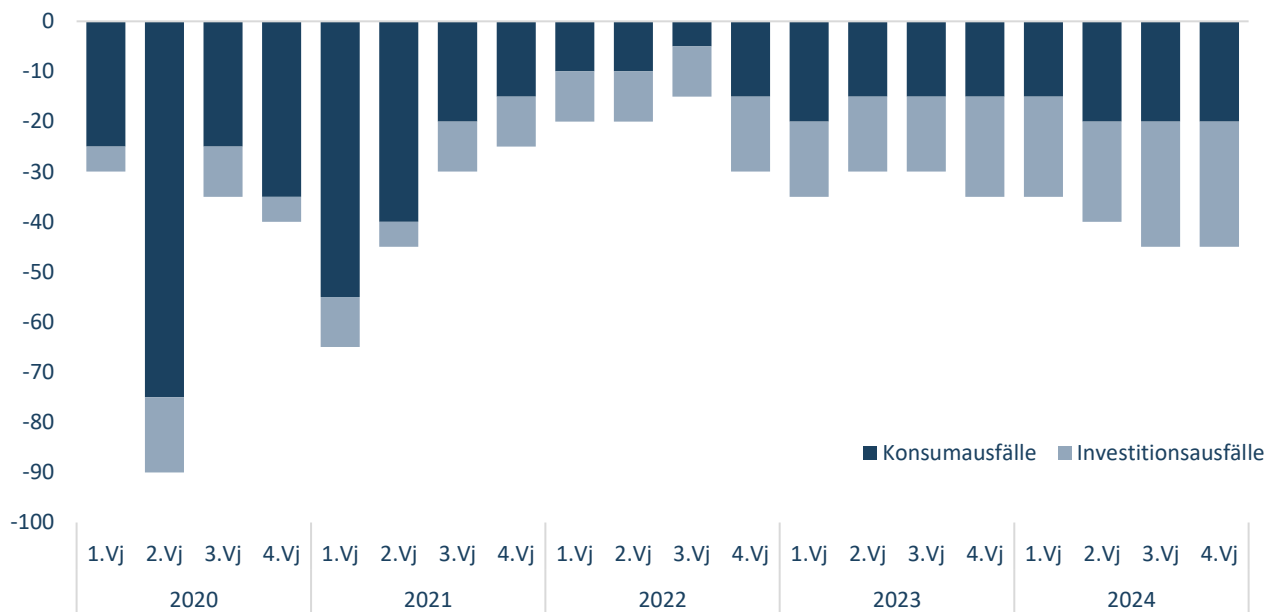
In Kapitel 1 wurde beschrieben, wie die einzelnen Bereiche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bislang von der Pandemie und den geopolitischen Verwerfungen betroffen waren: Zunächst haben die pandemiebedingten Lockdownmaßnahmen den privaten Konsum beeinträchtigt und ab dem Jahr 2022 die Kaufkraftverluste infolge des kriegsbedingten Energiepreisschocks und schließlich die allgemeinen Verunsicherungen. Dagegen waren beim Staatskonsum umfangreiche pandemiebedingte Zusatzausgaben und zuletzt die staatlichen Mehrausgaben infolge geopolitischer Anpassungen stimulierend. Dazu zählen im Kontext der Pandemie etwa im Gesundheitsbereich die Ausgaben für Impf- und Testzentren sowie für die Impfstoffe. Von staatlicher Seite wurden bereits im Jahresverlauf 2022 die privaten Haushalte mit einer Reihe von Transfers und Steuerentlastungen (z. B. Energiepreispauschale für Erwerbstätige, Rentner, Studierende, Kinderbonus, Wohngelderhöhung, Einmalzahlungen für Transferempfänger, Anpassungen der Entfernungspauschale, Aussetzung der EEG-Umlage sowie die Energiesubventionen für Endverbraucher, also die Strom- und Gaspreisbremse) unterstützt. Die Investitionskrise, die zunächst besonders stark bei den Ausrüstungen zu sehen war, wurde in den letzten vier Jahren von stark rückläufigen Bauinvestitionen verstärkt. Der Außenhandel leidet unter dem schwachen Welthandel und dem Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit infolge der gestiegenen Produktionskosten.

In Analogie zu den vorhergehenden Analysen (Grömling et al. 2022; Grömling, 2024c) werden für ausgewählte makroökonomische Verwendungsaggregate auf Basis der für die gesamtwirtschaftlichen Effekte

verwendeten Methode entsprechende Ausfälle geschätzt. Dazu werden für die vergangenen 20 Quartale die Differenzen zwischen dem tatsächlichen und dem kontrafaktischen Verlauf des preisbereinigten privaten Konsums und der realen Bruttoanlageinvestitionen berechnet und in Abbildung 4-1 dargestellt. Den hier explizit aufgezeigten Ausfällen beim privaten Konsum und bei den Bruttoanlageinvestitionen stehen Impulse vonseiten des Staatskonsums gegenüber, die hier nicht explizit ausgewiesen und dargestellt werden. Über den gesamten Betrachtungszeitraum liegt der faktische Staatskonsum über einem kontrafaktischen Verlauf:

Abbildung 4-1: Konsum- und Investitionsausfälle durch Pandemie und Geopolitikkrise in Deutschland

Vierteljährliche Einbußen beim realen privaten Konsum und den Bruttoanlageinvestitionen¹⁾ in Milliarden Euro



1) Tatsächlicher Verlauf im Vergleich zu einem kontrafaktischen Verlauf ohne Pandemie und ohne Geopolitikkrise (berechnet auf Basis viertes Quartal 2019). Gerundete Werte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

- Die gesamten Einbußen beim **Privaten Konsum** über die letzten fünf Jahre dürften sich auf 470 Milliarden Euro belaufen. Das entspricht zum einen 5 Prozent des faktischen Konsums in dieser Zeit und zum anderen einer Konsumeinbuße je Einwohner von insgesamt rund 5.600 Euro bezogen auf die fünf Jahre. Von dieser Gesamtsumme entfallen fast 300 Milliarden Euro auf die beiden direkten Pandemiejahre 2020 und 2021. Die Lockdown-Maßnahmen und Verhaltensänderungen trafen zunächst vor allem die personenintensiven Teile des Konsums. Aus dem Quartalsprofil ist zu ersehen, dass die einzelnen Infektionswellen jeweils mit großen Konsumeinbußen einhergingen. Mit dem Kriegsausbruch in der Ukraine zeigen sich dann zum Jahresende 2022 und vor allem im Jahr 2023 die negativen Effekte der hohen Inflation und der damit einhergehenden Kaufkraftverluste. Es wurde bereits in einer vorhergehenden Analyse (Grömling, 2024) gezeigt, dass das Ausmaß der kriegsbedingten Konsumausfälle durch die Verwendung von zuvor gebildeten Ersparnissen abgemildert wurde: Der pandemiebedingte Lockdown hatte ein Zwangssparen der privaten Haushalte in den Jahren 2020 und 2021 in Höhe von jeweils rund 100 Milliarden Euro zur Folge. Diese Mittel konnten in den Jahren 2022 und 2023 eingesetzt werden, um den inflationsbedingten Kaufkraftverlusten entgegenzuwirken. Im Jahr 2024 sind die Konsumausfälle gegenüber den beiden Vorjahren wieder angestiegen, weil sich der Abstand zwischen der kontrafaktischen Fortschreibung und dem schwachen tatsächlichen Konsumverlauf weiter vergrößert hat.

- Bei den **Bruttoanlageinvestitionen** werden die Ausfälle infolge der Pandemie und der geopolitischen Konflikte in den vergangenen 20 Quartalen auf insgesamt 265 Milliarden Euro geschätzt. Das entspricht 7 Prozent der gesamten Bruttoanlageinvestitionen dieser fünf Jahre. Dabei entfallen rund 70 Milliarden auf die beiden Pandemiejahre und die weiteren knapp 200 Milliarden auf die Zeit ab 2022. Während sich die Investitionsverluste zunächst nur auf die Ausrüstungsinvestitionen bezogen haben, kommen seit dem Jahr 2022 auch die massiven Ausfälle bei den Bauinvestitionen hinzu. Abbildung 4-1 macht deutlich, dass mittlerweile die vierteljährlichen Investitionsausfälle in der Größenordnung der Konsumeinbußen zu verzeichnen sind. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der private Konsum mit knapp 53 Prozent ein weitaus höheres Gewicht am BIP hat als die Bruttoanlageinvestitionen mit gut 21 Prozent. Während in der Hauptzeit der Pandemie die Konsumschäden erheblich höher waren als die Investitionsausfälle, wird in den letzten Jahren die Schadensbilanz mehr und mehr von den ausbleibenden Investitionen geprägt.

5 Krisenschäden im Vergleich

In dem vorliegenden Beitrag werden die Wirtschaftsausfälle infolge der Pandemie und der Geopolitikkrisen in den Kontext früherer Wirtschaftskrisen in Deutschland eingeordnet. Wie in einer vorhergehenden Analyse (Grömling, 2024c) werden dafür die Strukturkrise 2001/2004 und die Finanzmarktkrise 2008/2009 herangezogen. Dazu wird auch für die Bewertung der früheren Krisen ein kontrafaktischer Konjunkturverlauf unterstellt, der sich ebenfalls am langfristigen durchschnittlichen Quartalswachstum in Deutschland orientiert.

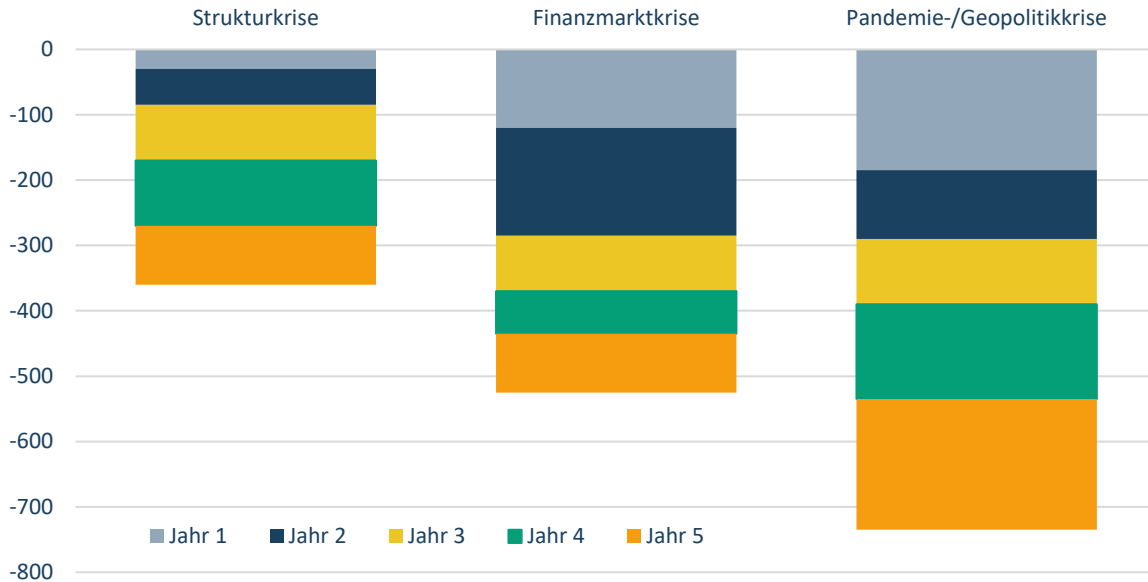
Um das Ausmaß der Wirtschaftseinbußen in den drei betrachteten Krisen zu vergleichen, werden die Differenzen zwischen dem tatsächlichen und kontrafaktischen BIP für alle drei Fälle in den ersten 20 Quartalen nach dem jeweiligen Vorkrisenquartal in Milliarden Euro (gerundete preisbereinigte Werte) berechnet und in Abbildung 5-1 dargestellt. Die jeweiligen fünf Krisenjahre entsprechen nicht den Kalenderjahren, sondern beginnen jeweils nach dem Vorkrisenquartal. Für die Strukturkrise war dies das erste Quartal 2001, für die Finanzmarktkrise das zweite Quartal 2008 und für die aktuelle Krise das vierte Quartal 2019.

Auf Basis dieser Schätzmethode sind die akkumulierten und absoluten Wirtschaftsausfälle (preisbereinigt in Milliarden Euro bezogen auf das jeweilige nominale Ausgangsniveau im Vorkrisenquartal) über die ersten 20 Quartale von Krise zu Krise angestiegen. Während es in der Strukturkrise 360 Milliarden Euro waren, stiegen die Wertschöpfungsausfälle im Verlauf der globalen Finanzmarktkrise auf 525 Milliarden an. Die entsprechenden Kosten der Pandemie und der Geopolitik werden bislang auf rund 735 Milliarden Euro veranschlagt. Die unterschiedliche jährliche Betroffenheitsstruktur wird im oberen und unteren Teil von Abbildung 5-1 erkennbar. Aufgrund der faktischen Stagnation über den Gesamtzeitraum und dem gleichzeitigen kontrafaktisch unterstellten Anstieg nahmen die geschätzten Wertschöpfungsausfälle während der Strukturkrise von Jahr zu Jahr zu. Im fünften Jahr, dem Erholungsjahr 2005, gingen die Kosten absolut und relativ zurück. Dagegen nahmen sie im Verlauf der globalen Finanzmarktkrise nach dem zweiten Krisenjahr aufgrund der fortschreitenden Erholung bereits deutlich ab. Im fünften Jahr (2013) stiegen sie wieder an, was an der schwachen gesamtwirtschaftlichen Dynamik aufgrund der europäischen Staatsschuldenkrise lag. In der zusammengefassten Pandemie- und Geopolitikkrise war zwischenzeitlich nach dem starken Ausfall im ersten Krisenjahr ein deutlicher Rückgang der Kosten zu verzeichnen. In den faktischen Rezessionsjahren 2023 und 2024 stiegen die Krisenschäden jedoch wieder stark an.

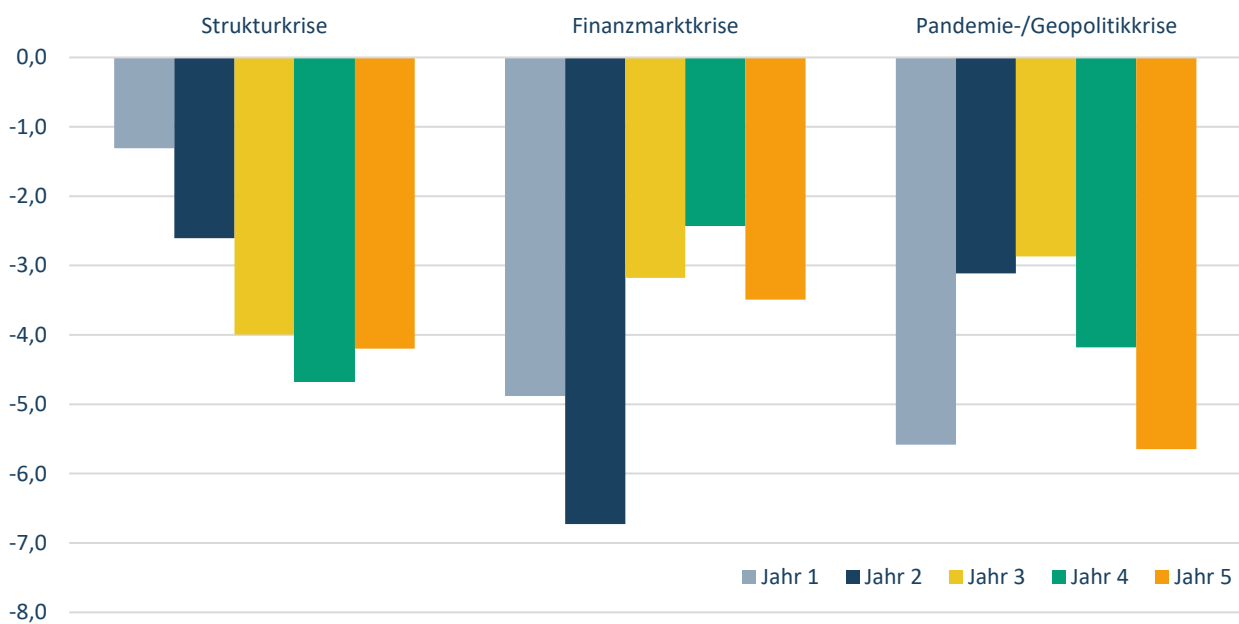
Abbildung 5-1: Wertschöpfungsverluste in den Wirtschaftskrisen in Deutschland

Einbußen beim realen BIP¹⁾ in den ersten fünf Krisenjahren

Jährliche Ausfälle in Milliarden Euro



Jährliche Ausfälle in Prozent der jeweiligen Wirtschaftsleistung²⁾



Tatsächlicher Verlauf des realen BIP im Vergleich zu einem kontrafaktischen Verlauf ohne Pandemie. Gerundete Werte. Ausgangspunkt jeweils Vorkrisenquartal: Strukturkrise (erstes Quartal 2001), Finanzmarktkrise (zweites Quartal 2008) und Pandemie-/Geopolitikkrise (viertes Quartal 2019).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Bei der relativen Betrachtung im unteren Teil von Abbildung 5-1 werden die jährlichen Wertschöpfungsausfälle auf die jeweilige jährliche gesamtwirtschaftliche und faktische Bruttowertschöpfung bezogen. Damit wird eine Vergleichbarkeit der Wertschöpfungsausfälle in den drei betrachteten Krisen sichergestellt. Während der Strukturkrise beliefen sich die Einbußen in den fünf Jahren auf 3,4 Prozent der tatsächlichen gesamt-

wirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in diesem Gesamtzeitraum. Während der Finanzmarktkrise waren die ökonomischen Kosten in Deutschland mit 4,1 Prozent deutlich höher. In den bisherigen 20 Quartalen seit Ausbruch der Corona-Pandemie belaufen sich die akkumulierten Einbußen auf 4,3 Prozent der tatsächlichen Wirtschaftsleistung dieser fünf Jahre. In relativer Betrachtung waren die Ausfälle im Jahr 2024 aufgrund der erneuten Rezession so hoch wie im Pandemiejahr 2020.

6 Schlussbemerkungen

Nach der Erholung vom Pandemie-Schock kommen die wirtschaftlichen Aktivitäten in Deutschland nunmehr seit drei Jahren nicht mehr über das Niveau des Jahres 2019 hinaus. In dem vorliegenden Beitrag wurden eine Aktualisierung und Fortschreibung der gesamtwirtschaftlichen Produktionsausfälle im Gefolge der Pandemie und der geopolitischen Verwerfungen vorgenommen. Eine Trennung und Zurechnung der Belastungen auf diese beiden Ereignisse kann nicht vorgenommen werden, da sich seit 2022 die Belastungen überlagern. Bei dieser Schätzung der preisbereinigten Wertschöpfungsverluste in Deutschland wird wie in den vorhergehenden Berechnungen der tatsächlichen Wirtschaftsentwicklung ein kontrafaktischer Konjunkturverlauf gegenübergestellt, in dem es die Pandemie und den Krieg in der Ukraine mit seinen vielfältigen geoökonomischen Anpassungslasten nicht gibt. Aufsummiert über diesen mittlerweile fünfjährigen Zeitraum ergibt sich ein Ausfall an preisbereinigtem BIP von 735 Milliarden Euro. Aufgrund der faktischen Rezession und des unterstellten kontrafaktisch weiter ansteigenden Verlaufs stiegen die wirtschaftlichen Verluste in den letzten beiden Jahren weiter an. Während in der Hauptzeit der Pandemie die Konsumschäden erheblich höher waren als die Investitionsausfälle, wird in den letzten Jahren die Schadensbilanz mehr und mehr von den ausbleibenden Investitionen geprägt. Bei den Bruttoanlageinvestitionen werden die Ausfälle infolge der Pandemie und der geopolitischen Konflikte in den vergangenen 20 Quartalen auf insgesamt 265 Milliarden Euro oder 7 Prozent der gesamten Bruttoanlageinvestitionen in dieser Zeit geschätzt. Diese zunehmenden Investitionsausfälle werden bleibende Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Fähigkeit haben, die großen Herausforderungen durch Digitalisierung, Transformation, Demografie und Geopolitik bewältigen zu können (Hüther, 2025). Vor allem ist derzeit zu erwarten, dass sich die Investitionstätigkeit in Deutschland im Jahr 2025 nicht wesentlich verbessern wird. Die aktuellen Ergebnisse der IW-Verbandsumfrage, der IW-Konjunkturumfrage und Prognosen (Bardt et al., 2024) untermauern die Befürchtung, dass die dringend notwendige Fortentwicklung des produktiven Kapitalstocks in Deutschland in diesem Jahr nicht weiter vorankommt. Es wird sich zeigen, ob die neue Regierung diese langwierigen Konsequenzen der aktuellen Investitionsschwäche für das Produktionspotenzial am Standort Deutschland ernst nimmt und eine Verbesserung der investiven Rahmenbedingungen ernsthaft auf ihre Agenda setzt und auch umsetzt.

Abstract

The economic losses in Germany due to the pandemic and the war in Ukraine

Following the recovery from the pandemic, which severely impacted economic life in 2020 and 2021, economic activity in Germany has not exceeded the 2019 level for three years now. This article updates an estimate of the overall economic production losses as a result of the pandemic and geopolitical upheavals. It is not possible to separate and attribute the impact of these two events, as they have overlapped since 2022. In this estimate, a counterfactual economic development is compared with the actual economic development. In this hypothetical reality, it is assumed that the pandemic and the war in Ukraine with their diverse geoeconomic adjustment burdens do not exist. The total loss of price-adjusted gross domestic product over this five-year period amounts to 735 billion euros. The two direct pandemic years 2020 and 2021 account for 290 billion euros. Due to the de facto recession on the one hand and the assumed counterfactual increase in the course of the pandemic on the other hand, the economic losses rose to 145 billion euros in 2023 and significantly to 200 billion euros in 2024. The total losses in private consumption over the last five years are likely to be a good 470 billion euros. This corresponds to 5 per cent of actual consumption in this period and a loss of consumption per capita of around 5,600 euros in total over the five years. In terms of gross fixed capital formation, the losses over the past 20 quarters are estimated at a total of 265 billion euros. This corresponds to 7 per cent of total gross fixed capital formation during this period. While consumer losses were significantly higher than investment losses at the peak of the pandemic, the balance of losses in recent years has been increasingly characterised by lost investments. The economic losses caused by the pandemic, the war in Ukraine and the geopolitical upheavals now exceed the losses incurred in Germany during the crises of the last quarter of a century. In the structural crisis from 2001 to 2004, they amounted to 3.4 per cent of the actual gross domestic product of the corresponding five-year period. During the financial market crisis, the economic costs were significantly higher at 4.1 per cent. In the 20 quarters to date since the outbreak of the coronavirus pandemic, the accumulated losses already amount to 4.3 per cent of actual economic output over these five years. The increasing investment losses in particular will have a lasting impact on economic development and the ability to overcome the major challenges posed by digitalisation, transformation, demographics and geopolitics.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1-1: Konjunkturverlauf in den großen Wirtschaftsbereichen in Deutschland	5
Abbildung 3-1: Wertschöpfungsverluste durch die Pandemie und Geopolitik in Deutschland	9
Abbildung 4-1: Konsum- und Investitionsausfälle durch Pandemie und Geopolitikkrise in Deutschland	11
Abbildung 5-1: Wertschöpfungsverluste in den Wirtschaftskrisen in Deutschland	13

Literaturverzeichnis

Bardt, Hubertus et al., 2024, Es wird nicht besser. IW-Konjunkturprognose Winter 2024, IW-Report, Nr. 45, Köln

Bardt, Hubertus / Grömling, Michael, 2022, Krieg in der Ukraine verschärft bestehende Investitionsschwäche, IW-Report, Nr. 44, Köln

Consensus Economics, 2020, Consensus Forecasts. Survey of International Economic Forecasts, January 2020, London

Consensus Economics, 2022, Consensus Forecasts. Survey of International Economic Forecasts, January 2022, London

European Commission, 2021, European Economic Forecast, Winter 2021, European Economy Institutional Paper, Nr. 144, Brüssel

Grömling, Michael, 2022, Ökonomische Verluste nach zwei Jahren Corona-Pandemie, IW-Kurzbericht, Nr. 3, Köln

Grömling, Michael, 2024a, Herausforderungen der Industrie am Standort Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 74. Jg., Nr. 4–5, S. 25–34

Grömling, Michael, 2024b, Intensitäten von Konjunkturkrisen im Vergleich, in: IW-Trends, 51. Jg., Nr. 4, S. 3–28

Grömling, Michael, 2024c, Wirtschaftliche Auswirkungen der Krisen in Deutschland, IW-Report, Nr. 11, Köln

Grömling, Michael, 2025, Auswirkungen der neuen US-Administration auf Unternehmen in Deutschland – Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage, IW-Report, Nr. 2, Köln

Grömling, Michael / Hentze, Tobias / Schäfer, Holger, 2022, Wirtschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie in Deutschland – Eine ökonomische Bilanz nach zwei Jahren, in: IW-Trends, 49. Jg., Nr. 1, S. 41–72

Hüther, Michael, 2025, Eine Agenda für die neue Legislaturperiode. Wettbewerbsfähigkeit und Transformation, IW-Policy Paper, Nr. 1, Köln

Hüther, Michael / Fremerey, Melinda / Gerards Iglesias, Simon, 2024, Zur Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland: sortierende Bemerkungen, in: Wirtschaftsdienst, 104. Jg., Nr. 3, S.

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2024, Versäumnisse angehen, entschlossen modernisieren, Jahresgutachten 2024/2025, Wiesbaden